

Verfassungsbruch und Inkompetenz

Sackgassen-Politiker auf Abwegen

Unsere Politik ist durch einmalig grosse Gemächlichkeit gekennzeichnet. Das hat jeweils den Vorteil, dass schwere Fehler unterbleiben, weil alles gründlich abgeklärt und immer wieder sorgfältig abgewogen wird. Meint man. Gegenbeispiele lieferte unser Parlament in neuester Zeit gleich mehrfach, zweimal sogar verbunden mit eindeutiger Missachtung von Verfassungsvorschriften und damit von Volksaufträgen, was man einem Staatsstreich von oben gleichsetzen könnte.

Zu den einzelnen Fällen, die klar zeigen, dass viele unserer Gemächlichkeits-Politiker mit loyalen Vorgehen mehr als ein bisschen Mühe bekunden:

1. Im Juni 2016 trat die **sogenannte WEA** (Weiterentwicklung der Armee) in Kraft, eine gesetzliche Regelung, die das weitere Schicksal der Armee bestimmen wird und eine enorme Schwächung der Verteidigungsbereitschaft beinhaltet. Mit bloss rund 30'000 Mann Kampfruppen, nur noch zwei Armeeflugplätzen, viel zu wenigen Materialdepots und einem neuen Gesamtbestand der Armee von 100'000 Mann kann man vielleicht einen Kanton verteidigen, aber nicht die Schweiz. Das leuchtet eigentlich jedermann ein (auch jeder Frau), mit Ausnahme der Mehrheit unseres Parlaments, das vor allem sparen wollte, und sei's zum Preis eines grossen Schritts in Richtung Armeeabschaffung. Wenn man das in Kauf nehmen will, muss man das auch aussprechen und vom Volk sanktionieren lassen.

2. Im Oktober beschloss das Parlament ein **Energiegesetz** im Zeichen der sogenannten Energie-Strategie 2050, das auf absurden Zielen und Massnahmen basiert (unvermeidlicher Import von Atomstrom statt Eigenproduktion, Import von extrem umweltschädigend produziertem deutschem Kohlestrom, wenn die Versorgung, wie bestimmt zu erwarten ist, nicht klappen wird). Die vorgesehenen vielen staatlichen Eingriffe der sogenannten Energie-Strategie 2050 sind ein Wolf im Schafspelz; ein nie dagewesener Energie-Etatismus soll nun ausgelöst werden mit staatlich fixierten Lenkungsabgaben, die den Markt ausschalten sollen und niemals dauerhaft funktionieren können. Sie bevorteilen alle möglichen Subventions-Jäger und gehen zu Lasten der Volkswirtschaft und Natur (Verunstaltung, Windturbinen als Vogel- und Fledermaus-Killer). Unzählige Nicht-Profiteure im Volk werden dies zu bezahlen und erdulden haben. Das gegen den Unsinn ergriffene Referendum würde eine breit abgestützte, aber von den Etatisten und Profiteuren ungeliebte Diskussion im Volk auslösen.

3. Nun kommt auch noch die im Dezember 2016 vom Parlament beschlossene **Nicht-Umsetzung der MEI** (Massen-Einwanderungs-Initiative) hinzu, ein unwürdiges Umgehungsmanöver. Über die MEI kann man zwar mit Fug geteilter Meinung sein. Warum hat man aber die nun einmal bestehende Verfassungsbestimmung überhaupt umgesetzt, wenn doch die Rasa-Initiative (Raus aus der Sackgasse) bald zur Abstimmung kommen könnte und Klarheit schaffen würde, welcher Lösung das Volk den Vorzug geben will? SR Müller und andere hätten somit guten Grund gehabt, der vergleichsweise kleinen Sünde einer Missachtung des Termins zur Umsetzung der MEI den Vorzug zu geben. Immerhin war die Rasa ja erst eine spätere, aber in sachlichem Zusammenhang mit der MEI stehende Initiative.

Gemeinsam ist allen drei genannten Parlamentsbeschlüssen, dass sie überhastet wirken, am Volk vorbeigeschleust werden sollen und somit – unabhängig vom Standpunkt, den man zu den einzelnen Sachfragen einnimmt - der direkten Demokratie, aber auch dem Ansehen des Parlaments in hohem Mass abträglich sind. Offenbar waren da die falschen Leute am Werk.

Es K.

13.1.2017